

Cottbuser

Herzblatt

Chošebuska wuśobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

21. Jahrgang / Nr. 12 (233)

Dezember 2011

Bitte 0,75 Euro spenden

Mit neuer Mannschaft und neuem Elan

3. Kreisparteitag der LINKEN: Matthias Loehr neuer Vorsitzender



Der neue und der alte Vorsitzende

160 LINKE aus dem Kreisverband Lausitz (von 874 Mitgliedern) haben am 19. November 2011 auf ihrem 3. Kreisparteitag (1. Tagung) einen neuen Kreisvorstand gewählt. Die Mannschaft hat sich erneuert, zum Teil auch verjüngt.

Neuer Kreisvorsitzender ist Matthias Loehr, der sowohl im Kreisverband Lausitz, zu dem seit vier Jahren Cottbus und Spree-Neiße gehören, als auch auf Landesebene vielfältige Erfahrungen gesammelt hat.

Ihm zur Seite stehen Katrin Leppich als Stellvertreterin, Annelly Richter als Kreisschatzmeisterin und Lothar Hoffmann als Kreisgeschäftsführer. 143 von 160 Genossen gaben dem Kreisvorsitzenden, der von Berlin nach Cottbus zurückkehrt, ihre Stimme.

Im Kreisvorstand sind sowohl Genossen aus Cottbus als auch aus den Ortsvorständen Forst, Guben und Spremberg vertreten.

Herzlich dankten die Anwesenden dem scheidenden Vorstand mit seinem bisherigen Vorsitzenden Diethelm Pagel, der zuvor in seinem Bericht eine Bilanz der vergangenen Jahre gezogen hatte, sowie Jürgen Maresch, bisher Ortsvorsitzender. Beide haben mit großer Aufopferung ihre Verantwortung wahrgenommen.

Bei einer Sammlung spendeten die auf dem Parteitag anwesenden Genossen 420 Euro für die Ausrichtung der humanistischen Jugendweihe.

(Weiteres Seiten 2 bis 4)



Liebe „Herzblatt“-LeserInnen!

Wir danken Euch für die Unterstützung unserer Arbeit und für Euer Interesse!
Wir wünschen ein frohes Weihnachtsfest und Gesundheit, Glück und Erfolg für das Jahr 2012.

So wurde gewählt

Kreisvorstand

Matthias Loehr, Kreisvorsitzender
Katrin Leppich, Stellvertreterin
Annelly Richter, Kreisschatzmeisterin
Lothar Hoffmann, Kreisgeschäftsführer

Mitglieder im Vorstand

Carola Kaplick (Kolkwitz)
Sigrid Mertineit, André Kaun,
Christopher Neumann (alle Cottbus)
Elke Grenzer, Andreas Beckmann (beide Forst)
Hiltrud Mederacke, Ingrid Sinsel (beide Guben)
Birgit Kaufhold, Sebastian Novotnick (beide Spremberg)

Delegiert zum Bundesparteitag

Gerd Bzdak, Matthias Loehr,
Christopher Neumann,
Annelly Richter, Anita Tack,
Birgit Wöllert

Delegiert in den Landesausschuss

Monika Frost (Spremberg)
Annelly Richter (Cottbus)
Rüdiger Feldt (Neuhausen)

Delegiert zum Landesparteitag

Doris Dressler, André Groß,
André Kaun, Karin Kühl,
Matthias Loehr, Edeltraud Mäser,
Jürgen Maresch, Monika Meißner,
Christopher Neumann,
Diethelm Pagel, Annelly Richter,
Birgit Wöllert

Mitglieder der Finanz- revisionskommission

Monika Meißner, Vorsitzende
Monika Frost (Spremberg)
Johanna Spaarschuh (Forst)
Kurt Große (Cottbus)
Gerd Kruse (Guben)

Matthias Loehr:

Warum stehe ich hier?

Ihr habt mich zum neuen Kreisvorsitzenden der LINKEN im Kreisverband Lausitz gewählt. Das ist eine hohe Anforderung an mich und ein verantwortungsvoller Auftrag.

Eigentlich wollte ich mich ja in der Landespolitik weiter entwickeln. Aber es zieht mich wieder in die Lausitz und zu meiner Frau, die ich jetzt sehr selten sehe.

So habe ich mit dem Landesvorstand der LINKEN vereinbart, dass ich meine Tätigkeit als Büroleiter und Koordinator der Landesgruppe beende und nach der Wahl des Landesvorstandes ab Ende Februar dem Kreisverband Lausitz voll zur Verfügung stehe.

In meiner neuen Tätigkeit sehe ich drei wesentliche Aufgaben: Zum einen ist das die inhaltliche Auseinandersetzung zur Kooperation zwischen Cottbus und Spree-Neiße, aber nicht um jeden Preis! Weiter gilt es, uns als Partei besser nach außen darzustellen, und schließlich kommen ja wieder Wahlen.

Mir geht es in erster Linie um die Menschen. Was muss eine Region für sie leisten? Verkehrswege dürfen sich nicht weiter verlängern, Öffnungszeiten nicht schlechter werden.

So sehe ich den Auftrag der Bürger.

Die Schatzmeisterin:

Die Finanzarbeit im Kreisverband Lausitz war in der vergangenen Legislaturperiode geprägt von einer kontinuierlichen Zusammenarbeit der Finanzverantwortlichen in den Ortsvorständen Cottbus, Forst, Guben und Spremberg. Dafür danke ich Euch!

Wir hatten 2010 im Kreisverband Gesamteinnahmen von 182 174,00 Euro bei einem durchschnittlichen Parteibeitrag von 14,53 Euro. Im September betrug er 15,01 Euro. Im Lande liegt der durchschnittliche Beitrag, den die Mitglieder monatlich zahlen, bei 15,36 Euro – da haben wir uns doch schon ziemlich herangearbeitet.

Vielen Dank solchen zuverlässigen Mitarbeitern wie Gudrun Scholz, Ursel Grunow, Ulla Nicke, Brigitte Woite, Ulrich Richter und all den anderen.

Aus dem Rechenschaftsbericht

Vorwärtsgekommen, aber noch nicht angekommen



Am 27. Oktober 2007, so stellte Diethelm Pagel im Bericht des Kreisvorstandes fest, haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht, um im Ergebnis eines langfristig angestrebten Prozesses der Verschmelzung den Stadtverband Cottbus und den Kreisverband Spree-Neiße zu unserem neuen Kreisverband Lausitz zusammenzuführen. Neben Potsdam sind wir damit der mitgliederstärkste Kreisverband des Landes Brandenburg geworden. Heute müssen wir feststellen, dass wir auf dem Wege sind – mehr nicht.

Die Arbeit im Kreisverband hat Spaß gemacht, weil sich hier fantastische Frauen und Männer getroffen haben, die ihren Auftrag sehr ernst genommen haben. Häufig mangelte es aber an der nötigen Kommunikation zwischen der Basis, den Ortsvorständen und dem Kreisvorstand, und so ist manchmal Sand ins Getriebe geraten. Innerparteiliche Differenzen und nach innen gerichtete Debatten trugen dazu bei, dass das Wahljahr 2011 unter keinem guten Stern stand.

Mit dem Programmparteitag haben wir aber einen guten Start und die Möglichkeit, zu beweisen: DIE LINKE. ist eine politikfähige Kraft.

Seit der letzten Wahl des Kreisvorstandes im November 2009 wurden 21 Beratungen durchgeführt, vorwiegend zu den Berichten aus den Ortsvorständen, dem Kreistag und der Stadtverordnetenversammlung. Gewürdigt wurde im Bericht die engagierte Tätigkeit der AG und IG Politische Bildung, Geschichte und Polit-Tourismus. Unter der Leitung der Kreisschatzmeisterin haben die Finanzverantwortlichen eine vorzügliche Arbeit

geleistet, dafür wurde Anneli Richter ausdrücklich gedankt.

Der Kreisvorstand wird das Reformprojekt der Landespartei zur Verbesserung der politischen Arbeit unterstützen, was natürlich auch finanzieller Mittel bedarf. Inzwischen hat der Parteitag in Erfurt das Parteiprogramm beschlossen. Eine Reihe von Mitgliedern hatte dazu eigene Vorschläge eingereicht. Ziel und Maßstab unseres Handelns muss eine breite Öffentlichkeitsarbeit sein, unterstrich Diethelm Pagel.

Dass wir da noch viel aufzuholen haben, machen die Lücken deutlich, die sich zum Beispiel bei der Vorbereitung der Landratswahlen auftraten. Trotz abgestimmten Handelns zwischen den Fraktionen der SPD und der LINKEN ist es nicht gelungen, die nötige Stimmenmehrheit zu erreichen.

Im kommunalen Bereich steht eine engere Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Vertretungen und den Verwaltungsspitzen des Landkreises Spree-Neiße mit der Stadt Cottbus dringend auf der Tagesordnung. Auch angesichts der demografischen Entwicklung und der Finanzlage ist das unumgänglich, und es sind 2012 politische Entscheidungen zu treffen, die Auswirkungen auf die künftigen Verwaltungsstrukturen haben werden. Fragen müssen wir uns immer wieder, wie wir die Menschen für unsere linke Politik gewinnen, zumal es in unserer Region eine Reihe von Spannungsfeldern gibt, wie die Braunkohlenverstromung oder die drastische Verschuldung unserer kommunalen Haushalte.

Leider hatte unsere Kreisparteiorganisation eine ganze Reihe von Ausfällen, krankheits- oder arbeitsbedingt, zu verkraften. Der Kreisvorstand dankt André Groß für die großartige Arbeit, die er als Geschäftsführer geleistet hat, André Kaun, Jürgen Maresch, Kerstin Nedoma und Lothar Hoffmann, der in uneigennütziger Weise die Funktion des Kreisgeschäftsführers übernimmt. Der Umfang der zu leistenden Arbeit und ihre politische Bedeutung fordern uns heraus, künftig für die Menschen noch attraktiver und effektiver zu arbeiten.

Aus der Diskussion



Zahlreiche Anregungen und kritische Bemerkungen vermittelte die Diskussion auf dem Kreisparteitag.

Während der Tagung stellten sich auch die Kandidaten für den zu wählenden Kreisvorstand vor. Es wurde beschlossen, dass der Vorstand 14 Mitglieder haben soll. Diethelm Pagel wird nach vierjähriger Tätigkeit als Kreisvorsitzender nicht wieder kandidieren, er wird sich auf seine Funktion als Fraktionsvorsitzender im Kreistag konzentrieren, wie auch Jürgen Maresch aus familiären Gründen den Ortsvorsitz abgibt, aber Landtagsabgeordneter bleibt. Beide wurden mit großem Dank verabschiedet.

Zunächst aber nahm Stefan Ludwig, stellvertretender Landesvorsitzender Brandenburg DIE LINKE., das Wort und informierte die Anwesenden unter allgemeiner Zustimmung, dass er bei den im Februar bevorstehenden Wahlen im Landesverband DIE LINKE. als künftiger Vorsitzender kandidiert.

Die Debatte zum Bericht begann Christian Eicke, der sich unzufrieden zeigte. Die Ausführungen seien zwar informativ gewesen, aber politisch nicht tiefgründig. Ihm hätte in jedem Falle unsere eigene Position gefehlt, zum Beispiel: Welche Prämissen haben wir bei der Zusammenarbeit der beiden Gebietskörperschaften Cottbus und Spree-Neiße? Welche Haltung haben wir dazu?

Karin Kühl und Genosse Kuchta bekräftigten ebenfalls, dass die politische Wirksamkeit der LINKEN in der breiten Öffentlichkeit nach wie vor nicht ausreichend ist.

Nachdem sich Matthias Loehr als Kandidat für den Kreisvorsitz vorgestellt hatte, stand Stefan Schmidt auf. Er un-

terstützte die Kandidatur und fand anerkennende Worte für das hohe Maß an ehrenamtlicher Arbeit, das von Genossen wie Matthias geleistet wird.

Katrin Leppich forderte eine bessere Kommunikation: Über unsere AG und IG müssen wir mit mehr Leuten ins

Gespräch kommen. Nach wie vor stehe ich für den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle, sagte sie, und forderte eine Tagung zur Energiepolitik.

Lothar Hoffmann stellte sich als neuer Kreisgeschäftsführer vor. Es gab Niemanden, der sonst in die Bresche sprang, meinte er humorvoll, wofür ihm Diethelm ausdrücklich dankte.

Sigrid Mertineit berichtete über ihr Projekt für sozial Schwache.

Als Bewerber für den Kreisvorstand zeigten sich die Jungen: Sebastian Novotnick, Kita-Erzieher, in Spremberg, René Schuster, aktiv im Naturschutz, und der Peitzer Sascha Fusan, dieses Jahr Mitglied der LINKEN geworden. Leider reichte für die beiden letzteren die Stimmenanzahl nicht.

Dem Thema Rechtsextremismus wandten sich Dietrich Loeff und Sonja Newiak zu. Dietrich lud zum Polit-Frühstücken (endlich mal wieder) zum Thema Rechtsextremismus am 8. Januar (10.00 Uhr) im „Brandenburger Hof“ in Cottbus ein. Sonja sagte: Es wird nötig sein, dass wir am 15. Februar die Plätze füllen, um den Rechtsextremisten keinen Raum für ihre Gedenkfeiern zu lassen.

Schließlich stellte sich Anita Tack als Delegierte zum Bundesparteitag vor. Das 5. Mandat war solidarisch nach Cottbus vergeben worden. Wir müssen erreichen, begründete sie ihren Wunsch nach einem Mandat, dass wir Brandenburger als Mitglied der rot-roten Koalition auch auf Bundesebene zur Kenntnis genommen werden und dass wir Regierungsverantwortung mittragen.

*Vom Kreisparteitag berichtete
Gertraute Kröhnert*

Fotos: Peter Ehrentreich

Mein Traum war ausgeträumt

Vor kurzem hatte ich einen Traum: „Treffen sich zwei erstmals Delegierte auf dem Bundesparteitag...“.

Da Träume manchmal wahr werden und zwei Genossinnen aus dem Ortsvorstand mich im Vorfeld fragten, stellte ich mich auf dem Kreisparteitag am 19. November zur Kandidatur als Delegierter zum 3. Bundesparteitag.

Allen Teilnehmern des Kreisparteitages stand ein regelrechter Wahlmarathon bevor, denn in insgesamt drei Wahlgängen waren Kreisvorstand, einschließlich der Einzelkandidaturen, Delegierte zum Landes- und Bundesparteitag, Genossinnen und Genossen für den Landesausschuss und die Finanzrevisionskommission zu wählen.

Die Veranstaltung nahm ihren Lauf, und es wurde mehrfach geäußert, die Last politischer Arbeit auf viele Schultern zu verteilen. Ich sah einen Funken Hoffnung, mein Traum könnte wahr werden.

In den Listen der Kandidatinnen und Kandidaten für die beiden Parteitage fanden sich zwar viele Namen doppelt, und manch Genosse meinte, auch am Rednerpult die Richtigkeit einer Doppelkandidatur betonen zu müssen. Ich träumte aber weiter und versuchte sogar, bei meiner eigenen Vorstellung humorvoll für mich werben.

Die Wahlen verliefen statutenrechtlich und reibungslos, das Ergebnis ist bekannt. Leider hatte der oben erwähnte Genosse recht mit seiner Argumentation.

Allen 48 GenossInnen, die mir das Vertrauen als Delegierter geschenkt haben, möchte ich hiermit danken. Es waren aber 14 zu wenig. Ich muss also lernen, besser für mich zu werben.

PS: Ich bin Sportler und kann auch mit Misserfolgen umgehen. Dass aber keine und keiner der doppelt als Delegierte/Delegierter Gewählten die Größe hatte, auf eines seiner Mandate zu Gunsten eines Nichtgewählten zu verzichten, stimmt mich traurig.

Übrigens: Auch Atlas bekam vom alleinigen Tragen der Erdkugel auf seiner Schulter einen krummen Rücken.

*Mathias Kroll,
Ortverband Cottbus*

Gedanken zur 1. Tagung des 3. Kreisparteitages

Einer Fußball-Logik folgend, ist nach der 1. Tagung des 3. Kreisparteitages vor dem 4. Kreisparteitag. Deshalb einige Gedanken zum Rechenschaftsbericht. Entstanden sind sie nach der zügigen Führung der Tagung und eines Rechenschaftsberichtes, der nicht alle Aktivitäten in Einzelheiten darlegen konnte, aber doch Themen vermissen ließ, die für die Region wichtig sind.

Cottbus wirbt zum Beispiel damit, dass es eine Universitäts- und Hochschulstadt ist. Immerhin studieren in Cottbus rund 8600 Studenten. Die BTU bereichert mit ihrer wissenschaftlichen Leistung nicht nur Cottbus. Sie strahlt auch auf die gesamte Region aus, und das nicht nur durch die Direktstudenten. Auch die Seniorenuniversität leistet dazu ihren Beitrag.

Gerade, da zurzeit unsere Studenten die Hörsäle stürmten, um ihre Kommilitonen zur Teilnahme an der Demonstration gegen die Streichung von Mitteln organisierten, wäre die BTU in mindestens einem Satz des Rechenschaftsberichtes erwähnenswert. Wir klagen darüber, dass in der LINKEN so wenige junge Kräfte mitarbeiten. Im Rechenschaftsbericht wurde eine Gelegenheit dazu verschenkt.

Der zweite Gedanke schließt sich direkt an. Joachim Masula ist zuzupflichten. Sein Beitrag in einem Satz zusammengefasst: Vergesst die älteren Genossen nicht!

Austritte wurden in der Tagung bedauert, leider nicht dargestellt, in welcher Altersgruppe die Austritte geschehen. Ich denke wir brauchen Jeden.

Dem neuen Kreisvorstand wünsche ich für die folgende anspruchsvolle Tätigkeit viel Erfolg und eine gesicherte Bindung der Genossen an ihre Partei.

Ingrid Hunger

**Deine Stimme
für unser Parteiprogramm!
Mitgliederentscheid 2011**

Abstimmungszettel bis zum
15. Dezember 2011, 18 Uhr
zur Bundesgeschäftsstelle
Informationen unter
Telefon: 030/240 09 237
Fax: 030/240 09 777
mitgliederentscheid@die-linke.de

Regionalkonferenz für Südbrandenburg in Cottbus



Berechtigte Forderung vor dem Piccolo-Theater

Am 5. November lud der Landesverband zur Regionalkonferenz für Südbrandenburg nach Cottbus ein.

Der offenen Einladung, in das neue „Piccolo Theater“ nach Cottbus zu kommen, waren viele Interessierte aus der Region gefolgt. Sie wollten mit den LINKEN-MinisterInnen in den Dialog treten, ins Gespräch kommen und sich zu aktuellen Themen der Landes- und Regionalpolitik aus erster Hand informieren.

Die regen Debatten haben gezeigt, dass es ein breites Interesse an der Arbeit der LINKEN-MinisterInnen gibt.

Solche Themen wie: Die Auslegung der Baupläne für ein neues Atomkraftwerk in Polen und wie man seinen Widerspruch kundtun kann, überhaupt die Energiepolitik in Südbrandenburg, wo es eine hohe, völlig unterschiedliche gesellschaftliche Akzeptanzbelastung in den unterschiedlichen Regionen gibt, die sozialen Folgekosten der Energiewende, die neue Struktur der Förderperiode der EU ab 2014 und die Auswirkungen auf Südbrandenburg, die Versorgung mit Breitband im ländlichen Raum, die Entwicklung einer Förderrichtlinie für Selbständige durch das Land, die Landeshaushaltsfragen, waren den Zuhörern wichtig, genauer zu hinterfragen.

Der Oberbürgermeister von Cottbus, Herr Szymanski, und auch der Bürgermeister

von Spremberg, Herr Schulz, haken nach.

Finanzminister Markov musste dem OB von Cottbus verdeutlichen, dass es für die kreisfreien Städte keine andere Regelung bei der Finanzierung wie bei den anderen Gemeinden geben könnte und verwies auf den Gleichheitsgrundsatz. Es geht eben um die Verteilung im Finanzausgleichsgesetz und nicht um mehr Geld. Hier sollten der Städtetag und der

Gemeindetag einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten und ihn an das Land herantragen. Was der Bund den Kommunen an Finanzen vorenthält, kann das Land nicht kompensieren.

An der Aufstellung von Windkraftträdern und deren Abstand zu Wohnsiedlungen erhitzen sich die Gemüter. Für einen Steinadler sind 20 000 Meter Sicherheitsabstand per Gesetz geregelt, der Abstand zu den Wohnsiedlungen der Menschen ist nicht geregelt.

Kürzungen durch den Bund, zum Beispiel für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik als Chance für Langzeitarbeitslose, wurden vorgestellt. Aber da gibt es zurzeit keine Partner im Bund.

Was Rot-Rot in Brandenburg erreichen konnte, wird in einem Flyer „Bilanz 2010 DIE LINKE. in Brandenburg“ übersichtlich aufgezeigt, der auch in der Geschäftsstelle vorliegt.

*Text: Anneli Richter,
Kreisvorstands-Mitglied
Fotos: Dieter Brendahl*



Ralf Christoffers, Anita Tack, Gerlinde Kranert (Moderatorin), Kerstin Kaiser und Dr. Helmut Markov stellen sich den Fragen.

Zum Parteitag in Erfurt

War das Frauenpower?

Mit unseren Parteitagsdelegierten bin ich nach Erfurt zum Parteitag gefahren. Die Bundessprecherin der AG LISA hatte mich gebeten, den LISA-Stand im Foyer der Messehalle zu betreuen. Ich habe gerne zugesagt, da ich so die Möglichkeit hatte, die Diskussionen um unser Programm hautnah zu verfolgen.

Ich wusste, auch Satzungsänderungsanträge liegen vor, die schon im Vorfeld des Parteitages zu Streit unter den Frauen geführt hatten. Die einen wollten die Änderung der Satzung § 10 Geschlechterdemokratie, weil sie hofften, durch Festschreibungen in der Satzung mehr Einfluss in der Partei zu gewinnen, die anderen hielten eine Satzungsänderung für unnötig, da die jetzige Satzung den Frauen die Möglichkeit gibt, eigene Strukturen aufzubauen. Diese Frauen sind der Meinung: Wir brauchen keine Satzungsänderung, sondern eine bessere Frauenpolitik.

In unserem Parteiprogramm im Kapitel „Woher wir kommen, wer wir sind“ bezieht sich DIE LINKE auf die Frauenbewegung und den Feminismus, das heißt, unsere Partei will Frauen in ihrem Kampf um politische und ökonomische Gleichberechtigung und für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse im Privaten unterstützen. Es passiert aber zu wenig. Wir gewinnen keine Wählerinnen, und zu wenige Frauen werden Mitglied in der Partei.

Hinsichtlich des § 10 zur Geschlechterdemokratie gab es mehrere Anträge an den Parteitag, unter anderem zur Aufhebung der Ausnahmemöglichkeit bei der Quotierung und zur Verankerung eines „Bundesrates LINKE FRAUEN“. Da jede der vorgeschlagenen Änderungen

erheblichen Widerspruch hervorgerufen hatte, entschied der Parteivorstand, gar keine Änderung am §10 vorzuschlagen. Der Parteitag hatte zu entscheiden.

Ich sitze also am LISA-Stand, vor dem Saal in dem diskutiert, beraten und abgestimmt wird, ärgere mich darüber, dass die weiblichen Delegierten sich zu dem Thema Geschlechterdemokratie so fetzen, habe genug Zeit, mir zu überlegen, was nun aus meiner Sicht das Richtige wäre und bin zu dem Schluss gekommen:

Es kann nicht sein, dass Männer darüber entscheiden, wie eine Frauenstruktur auszuformen hat und diese Satzungsänderung, die ja Frauen mehr Rechte einräumen soll, wird keine Mehrheit erhalten, da ja noch nicht mal alle Frauen zustimmen werden. So war es dann auch. Der Satzungsänderungsantrag zur Geschlechterdemokratie wurde abgelehnt.

War das nun Frauenpower? Nach meiner Meinung nicht, denn Power (zu deutsch Kraft) kann nur entwickelt werden, wenn man (frau) das Ziel genau im Auge hat und die Strategie, um dieses Ziel zu erreichen, mit den Akteurinnen abgestimmt ist und gemeinsam gekämpft wird. Es stimmt noch immer: „Einigkeit macht stark“.

Vielleicht gelingt es uns in Brandenburg, eine Frauenstruktur aufzubauen, in der Frauen Lust haben, Politik zu gestalten. Wir haben unzählige engagierte, kompetente und ideenreiche Frauen. Wir sollten uns vernetzen und dafür sorgen, dass Geschlechterdemokratie gelebt werden kann und nicht nur eine umstrittene Festsetzung in der Satzung ist.

Herta Venter



Die Autorin als Betreuerin des LISA-Standes

Foto: Egon Baumann

Brandenburg hat starken Rückhalt in der Linksfraktion im Bundestag

Anlässlich der am 8. November stattgefundenen Vorstandswahl der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag erklärt der Sprecher der Landesgruppe Brandenburg, Thomas Nord:

„Im neu gewählten 16köpfigen Fraktionsvorstand werden drei Mitglieder aus Brandenburg vertreten sein. Damit wurde die Hälfte der Brandenburger Bundestagsabgeordneten in den Vorstand gewählt. Die Ergebnisse im Einzelnen:



Dr. Dagmar Enkelmann wurde mit 64,5 Prozent (49 Ja, 22 Nein, 5 Enthaltungen) als 1. Parlamentarische Geschäftsführerin bestätigt.



Dr. Kirsten Tackmann wurde mit dem besten Ergebnis von 74,3 Prozent (55 Ja, 14 Nein, 5 Enthaltungen) zur Leiterin des Arbeitskreises I (Haus- und Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport) gewählt.



Diana Golze wurde mit 61,3 Prozent (46 Ja, 15 Nein, 14 Enthaltungen) als Leiterin des Arbeitskreises IV (Arbeit und Soziale Sicherung) bestätigt.

Die starke personelle Präsenz der Brandenburger Abgeordneten im neuen Fraktionsvorstand zeigt die gewachsene Akzeptanz der Brandenburger Landesgruppe, die persönliche Wertschätzung und auch die anerkannte fachliche Kompetenz der Brandenburger Volksvertreter.

Als Sprecher der Landesgruppe freue ich mich über die Wahlergebnisse. Diese zeigen, dass der Brandenburger Politikstil, der auf Ausgleich und Transparenz basiert, und unsere politischen Inhalte einen starken Rückhalt in der Fraktion haben."

So etliches Erfurter Allerlei

Erfurt ist eine Stadt mit besonderer Geschichte. Man könnte auch sagen, sie ist eine Stadt mit Programm. Im Oktober 1891 beschloss die SPD dort ihr Erfurter Programm und im Oktober 2011 tat dies die Partei DIE LINKE..

Wahrlich viel Geschichte ist seitdem in der am Südrand des Thüringer Beckens gelegenen Stadt im Tal der Gera geflossen. Manches hat sich da angestaut und Bahn gebrochen. Einiges hat sich verändert. Vieles ist aber noch immer so – und muss verändert werden. Denn noch immer sind Unterdrückungsverhältnisse aufzulösen, Gerechtigkeitslücken zu schließen und Demokratiedefizite abzubauen.

Setzen wir uns ins Jahr 1891 zurück. Gerade ein Jahr zuvor war Bismarcks Sozialistengesetz gefallen. Weder mit dem Zuckerbrot einer umfänglichen Sozialgesetzgebung, noch mit der Peitsche des Sozialistengesetzes war es dem „Eisernen Kanzler“ gelungen, die SPD und die Arbeiterbewegung zu bändigen.

Die sozialen Verhältnisse im Lande, vor allem der Arbeiter, waren nach wie vor katastrophal und entwürdigend. Zehn bis zwölf Stunden Arbeit und menschenunwürdige Mietskasernen standen exemplarisch für die damalige soziale Situation. Folgerichtig fanden dann auch Forderungen nach einem Acht-Stundentag, dem Verbot von Nacht- und Kinderarbeit Eingang in dieses Parteiprogramm.

Weiter ging man damals vom Anwachsen des Proletariats und der Monopolisierung der Produktionsmittel sowie von einer Zuspitzung des Klassenkampfes aus. Man stellte die Eigentumsfrage und wollte den Umstieg auf eine sozialistische Warenproduktion. Zu den Grundsätzen, auf die sich die SPD 1891 in Erfurt verständigte, gehörten unter anderem ein allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, eine direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts und die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau gegenüber dem Mann benachteiligen.

Es lässt sich sagen, dass im Erfurter Programm anno 1891 die Marxsche Handschrift erkennbar war, was nicht verwundert, wenn man weiß, dass Friedrich Engels, Marxens langjähriger politischer Weggefährte, sich in die Diskussion dieses Programms aktiv einbrachte.

Beim programmatischen Vorgänger Dokument, dem Gothaer Programm (1875), sah sich Marx noch zu einer teils heftigen Kritik dieses Programms veranlasst, die er wie folgt beendete: „Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet.“

Ihre Marxsche Seele verloren hat die SPD dann endgültig 1959, als sie sich ihr Godesberger Programm gab, worin sie ihre Abkehr vom Marxismus postulierte. Heute ist sie vom Marxismus so weit entfernt wie die amtierende Kanzlerin Angela Merkel von ihrer ersten Schwangerschaft. Auf die Spitze trieb es aber Gerhard Schröder. In seiner Kanzlerzeit (1998–2005) schaffte er es mit seinem Schröder-Blair-Papier, mit seiner Agenda 2010-Politik und mit dem Einstieg der Bundeswehr in Auslandseinsätze, die SPD quasi zu „entsozialdemokratisieren“. Denn an alledem war nichts Solidarisches und Gerechtes, geschweige denn Friedliches.

Nach einigen verratenen, unvollendeten Revolutionen und missglückten Revolutionsexporten, sowie einigen blutigen Kriegen und einem schuldhaft verursachten Scheitern eines ersten Sozialismusversuchs später, traf sich nun im Oktober 2011 die Partei DIE LINKE. in Erfurt zu ihrem Parteiprogrammtag. Umgeben von Wirtschafts- und Finanzkrisen, Niedriglohnsektoren, Klimawandel, neuerlichen deutschen Kriegsbeteiligungen und Demokratiegefährdungen war DIE LINKE. gefordert, ein modernes und tragfähiges Programm vorzulegen. Fast zwei Jahre und zwei Entwürfe hat sie sich dafür Zeit genommen. In einer breit angelegten intensiv geführten Programmdiskussion galt es eine nachvollziehbare Beschreibung der gesellschaftlichen Zustände, machbare Alternativen sowie eine programmatische Kursbeschreibung – aus demokratischer sozialistischer Sicht – herauszuarbeiten.

Natürlich stellt das Jahr 2011 andere Fragen und Herausforderungen an ein Parteiprogramm, als dies 1891 der Fall war. Darum verbieten sich auch Eins- zu Eins-Vergleiche der beiden Erfurter Programme. Was jedoch vergleichbar ist, das ist ihr Verhältnis und ihr Umgang mit Grundsätzen, Grundpositionen und sogenannten Haltelinien. Und hier lässt sich feststellen: Obwohl sich die SPD in ihrem Hamburger Programm (2007) ebenso wie DIE LINKE. zum demokratischen Sozialis-

mus bekennt, ist in den tagespolitischen Auseinandersetzungen mit der SPD nichts von „demokratischem Sozialismus“ zu spüren. Berufsverbote, HARTZ-IV, Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen sind mit einem demokratischen Sozialismus schlicht unverträglich. So wird die Tagespolitik ein Prüfstein dafür, wie ernst man es mit seinem programmatischen Anspruch meint.

An diesem Punkt wird klar, dass die SPD im Laufe der Jahre eine hohe programmatische Durchfall-Quote produziert hat. Anders als die Erfurter SPD hat die Hamburger SPD allzu offensichtlich ihren Frieden mit dem System gemacht. Die SPD stellt halt nicht mehr die Systemfrage.

Und die Eigentumsfrage hat sie folglich auch aus ihren Katalog gestrichen. In Friedensdingen steht die SPD inzwischen eindeutig auf Kriegsfuß.

Ganz anders DIE LINKE.: Die spricht schon in der Präambel ihres Erfurter Programms vom Systemwechsel, weil der Kapitalismus der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit den Zielen der LINKEN nicht vereinbar ist, die in einen demokratischen Sozialismus münden sollen. Die Eigentumsfrage ist bei ihr von zentraler Bedeutung, was auch für ihre friedenspolitischen Positionen gilt. Nach LINKEN-Verständnis darf kein Kind in Armut aufwachsen, alle Menschen müssen selbstbestimmt, in Frieden, in Würde, in sozialer Sicherheit leben und die demokratischen Verhältnisse gestalten können.

Dieses menschliche Antlitz eines demokratischen Sozialismus ist auf jeder folgenden Seite des ersten, nun in Erfurt beschlossenen Programms der LINKEN, ablesbar.

Das ganze Programm könnte man auch mit der Kurzformel: Freiheit. Würde. Solidarität – dem Motto des Parteiprogrammtages – umschreiben. Gerade diese Grundsätze hat vor allem die Schröder-SPD auf dem Altar der Kanzlerschaft verscherbelt. Die SPD hat eben Standpunkte und Forderungen aufgegeben, die 1891 richtig waren, und die auch 2011 nicht falsch sind.

Ist es da nicht naheliegend, als LINKER Erfurter den Nachfolgern der Erfurter SPD zuzurufen: Zurück zu Erfurt!?

René Lindenau

Zur Reform der öffentlichen Pflegeversicherung

Die Zweiklassenmedizin sollte abgeschafft werden



Eine der derzeit drängendsten politischen Baustellen ist die Reform der öffentlichen Pflegeversicherung. Sie ist die jüngste Säule im öffentlichen Versicherungssystem. Sechzehn Jahre nach ihrer Einführung ist jedoch offensichtlich, dass die Versicherung wichtige Bedürfnisse Pflegebedürftiger nicht oder nur unzureichend abdeckt. Insbesondere der hohe Pflegebedarf Demenzkranker ist völlig unzureichend berücksichtigt. Hier sind Nachbesserungen dringend erforderlich, um den tatsächlichen Pflegebedürfnissen gerecht werden zu können.

Trotz des drängenden Handlungsbedarfs verschiebt Gesundheitsminister Bahr die Vorstellung seiner Reformpläne beinahe im Wochenrhythmus. Der Grund: Die Koalition wird sich auch auf diesem Feld nicht einig. Die FDP drängt wohl – noch gegen Widerstand der Union – auf eine private Zusatzabsicherung zur gesetzlichen Pflegeversicherung, anstatt den gesetzlichen Katalog zu erweitern. Das ist angesichts der Berg- und Talfahrt der Aktienmärkte seit 2008 völlig verantwortungslos.

Die Marktideologen der FDP wollen auf Teufel komm raus die Lobbyinteressen der Versicherungskonzerne und Banken bedienen. Deren Gewinne sind den FDPlern wichtiger als die krisenfesten Absicherung der Pflegeleistung im Alter. Dabei sind wir, wenn wir alt sind, besonders auf Hilfe angewiesen. Der Geldbeutel darf dabei keine ausschlaggebende Bedeutung erlangen. Es muss eine hohe Qualität der Pflege für alle garantiert sein, und zwar unabhängig von der Entwicklung der Finanzmärkte.

In der gesamten Gesundheitspolitik heißt es, eine bessere Qualität der Gesundheitsversorgung sei entweder nicht finanzierbar oder aber nur für deutlich höhere Beträge zu haben. Gleiches gilt für die Pflege. Dabei sind Schlagworte wie „Kostenexplosion“ und „demographischer Wandel“ immer nur die Rechtfertigung für Kürzungen im Leistungskatalog und eine Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge. Dabei ist ein anderer Weg möglich. Krankenversicherung und Pflegeversicherung können mit entsprechendem politischen Willen krisenfest, bezahlbar und gerecht ausgestaltet werden.

DIE LINKE. fordert vor diesem Hintergrund eine Versicherung, die ein soziales, leistungsfähiges Gesundheits- und Pflegesystem gewährleistet. Im Unterschied zu heute müssten alle in dieses System einzahlen. Das gilt auch für Beamte, Selbständige und Bestverdienende, die heute eine private Gesundheitsversorgung abschließen können oder müssen. Zudem würden zur Finanzierung des Gesundheitssystems nicht nur sozialversicherungspflichtige Einkommen herangezogen werden. Auch sonstige Einkommen wie Kapitaleinkünfte, Mieteinkünfte usw. würden zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens berücksichtigt. Das ist nur gerecht. Wer heutzutage hohe Miet- und Kapitaleinkünfte verbucht, muss hiervon gar nichts an die Sozialkassen abgeben. Das Einkommen eines Durchschnittsverdieners ohne Sonderinkünfte hingegen wird voll belastet. Dieser Missstand gewinnt besonders dann an Bedeutung, wenn man beachtet, dass die Einkünfte aus Kapitalanlagen in den letzten Jahren stark angestiegen sind, während die lohnabhängigen Einkommen in Deutschland seit 1990 stagnieren.

Die Einbeziehung sämtlicher Einkommen würde den Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung spürbar reduzieren. Der Beitragssatz für die Krankenversicherung könnte dauerhaft auf etwa zehn Prozent des Einkommens sinken. So könnten Arbeitnehmer und Arbeitgeber um etwa ein Drittel im Vergleich zu heute entlastet werden. Die Kosten für die Pflegeversicherung wür-

den auf unter zwei Prozent sinken. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Kosten für Gesundheit und Pflege wieder paritätisch teilen. Die andauernde Mehrbelastung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer muss ein Ende haben.

Unser Versicherungsmodell würde nicht nur die Beiträge senken. Es könnte darüber hinaus auch Menschen in Arbeit bringen. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen könnten die durch die Beitragssenkung frei werdenden Euro für nötige Konsumausgaben ausgeben. Das stärkt den schwachen Binnenmarkt. Zudem würde die bessere, krisenfeste Ausgestaltung des Gesundheitswesens dringend benötigte Stellen für Krankenpfleger, Pflegepersonal usw. schaffen.

Mit unserem Reformplan wollen wir das Gesundheits- und Pflegesystem nicht nur bezahlbarer gestalten und eine hochqualitative Versorgung garantieren. Wir wollen auch mehr Gerechtigkeit schaffen, indem die Vermögendsten ebenso wie jeder Arbeitnehmer in das solidarische System einzahlt. Die Zweiklassenmedizin des heutigen Systems soll abgeschafft werden. Private Krankenversicherungen würden dann nur der individuell erwünschten Zusatzabsicherung dienen. Damit wollen wir den privaten Gesundheitssektor auf die Rolle zurückstutzen, die sinnvoll ist. Es ist nicht einzusehen, warum den privaten Kassen heute auf Kosten der allgemeinen Gesundheitsversorgung Milliardenprofite zugeschanzt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Alternative ist völlig unverständlich, weshalb Union und FDP sich gegen eine echte Solidarisierung des Gesundheits- und Pflegesystems wehren. Ihre Liebäugerei mit der weiteren Privatisierung des Pflegesystems ist ein grober Fehler. Anstatt die Pflegeversicherung nun als Flickwerk zu reformieren, sollte die Koalition sich dazu durchringen, Gesundheit und Pflege gemeinsam auf sichere Füße zu stellen. Dies ist nur möglich, wenn endlich alle Bürgerinnen und Bürger in das System einbezogen werden.

*Wolfgang Neskovic,
Mitglied des Bundestags*

Der Integrierte Verkehrsentwicklungsplan 2020

In den letzten Monaten wurde der neue Integrierte Verkehrsentwicklungsplan 2020 in den verschiedenen Ausschüssen und Gremien der Stadt Cottbus intensiv beraten. Notwendig wurde das, weil sich seit der Beschlussfassung des letzten Planes aus dem Jahre 1997 gravierende Veränderungen in der Entwicklung der Stadt Cottbus vollzogen haben.

Der damalige Plan ging von einer Stadtentwicklung mit 135 000 Einwohnern bis 2010 aus. Zurzeit leben aber in der Stadt nur etwa 100 000 Einwohner. Die Einwohnerzahlen haben sich zwar in den letzten zwei Jahren stabilisiert, dennoch ist davon auszugehen, dass 2015 nur noch etwa 92 500 Einwohner und 2020 etwa 88 000 Einwohner in der Stadt leben werden. Es wird erwartet, dass die Wanderungsverluste weiter abnehmen und die Geburtenzahlen sich auf einem niedrigen, aber stabilen Niveau von 500 Geburten pro Jahr einpendeln.

Gleichzeitig wird sich die Altersstruktur weiter verschieben. Der Anteil der Senioren wird deutlich zunehmen. Insbesondere der Anteil der Hochbetagten mit einem Alter über 80 Jahre wird auf einen Anteil von etwa neun Prozent der Bevölkerung steigen. Darüber hinaus ist bei der Verkehrsentwicklung zu berücksichtigen, dass rund 23 000 Berufstätige so genannte Auspendler sind, während gleichzeitig 11 000 Berufstätige nach Cottbus einpendeln.

Der Anteil der Schüler, Auszubildenden und Studenten wird bis 2020 in Summe abnehmen. Diese demographischen und strukturellen Veränderungen werden in dem neuen Integrierten Verkehrsentwicklungsplan berücksichtigt.

In Umsetzung des letzten Planes von 1997 konnten fast 60 Prozent der Maßnahmen zur Ergänzung sowie zum Ausbau und zur Rekonstruktion des Straßenhauptnetzes realisiert werden. Dazu gehören der Lückenschluss Mittlerer Ring, der Umbau der Straße der Jugend, die Sanierung des Stadtringes einschließlich des Turbokreisels, die Wiederherstellung der Ludwig-Leichhardt-Brücke und weitere Maßnahmen. Gegenwärtig in Bau ist die Umgestaltung der Bahnhofstraße. Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist in der Vorbereitung.

Der größte Umsetzungsfortschritt wurde beim Ausbau des Radwegenetzes erreicht. Das größte Defizit ergibt

sich aus dem Fehlen der Ortsumgebung Cottbus, deren 1. Verkehrsabschnitt aber 2012 fertig gestellt sein wird.

Für den neuen Verkehrsentwicklungsplan ergeben sich folgende Grundsätze:

1. Die Menschen in der Stadt haben Vorrang
2. Verkehr muss umweltschonender werden
3. Verkehr muss sozialverträglich sein
4. Verkehr muss sicherer werden
5. Barrierefreie Gestaltung der Infrastruktur und Verkehrsorganisation
6. Mehr Qualität für Fußgänger, Radfahrer und mobilitätseingeschränkte Personen
7. Verkehr hat der wirtschaftlichen Stärkung von Stadt und Region zu dienen
8. Verkehrsbewältigung durch territoriale und verkehrsträgerübergreifende Kooperation
9. Erfolgscontrolling

Hauptziel bleibt dabei der Erhalt und die weitere Verbesserung der Lebensqualität durch Reduktion der Schadstoffemissionen und der Lärmbelastung sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Schwerpunkt ist dabei die weitere Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Planung eines zentralen Verkehrsknotens am Hauptbahnhof mit der Verlegung des Busbahnhofs mit Anbindung für den Stadtbus und Regionalbusverkehr. Darüber hinaus sind die Umsteigepunkte zwischen Straßenbahn und Bus in der Innenstadt (Karl-Liebknecht-Straße/Bleichen-Carre) sowie in Ströbitz,

Sandow und an weiteren Punkten weiter zu optimieren. Die Straßenbahn bleibt dabei Kernstück des ÖPNV.

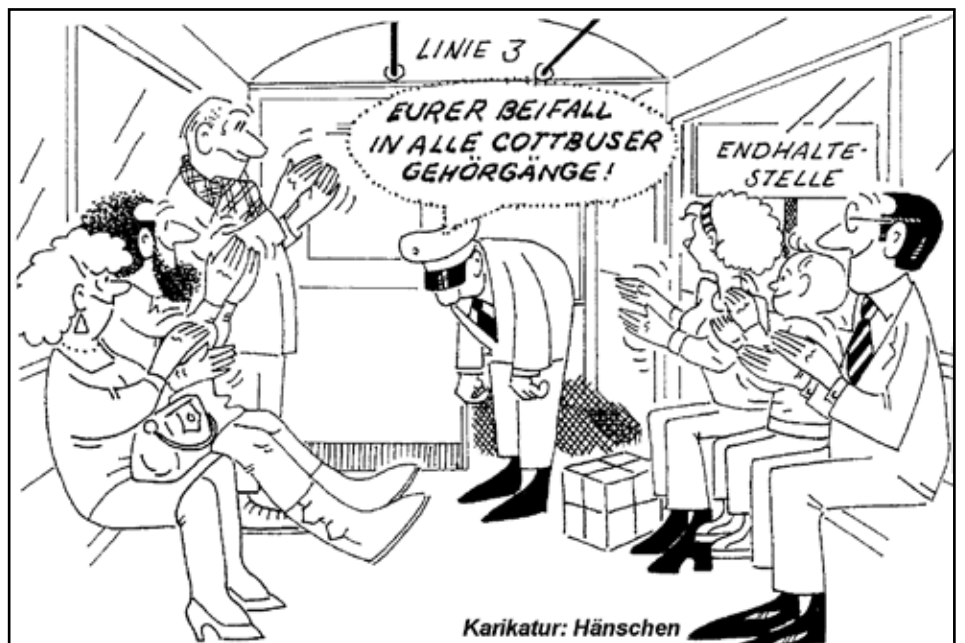
Im Radfahrverkehr sind vielfältige Maßnahmen geplant, um den Anteil auf 26 Prozent des Verkehrs zu erhöhen. Dazu gehören eine zügige und verkehrssichere Durchfahrt in Nord-Süd-Richtung und weitere Maßnahmen, insbesondere in den Ortsteilen Gallinchen, Branitz, Groß Gaglow und Kiekebusch.

Dem Fußgängerverkehr wird in der Verkehrsentwicklung der Stadt ein besonderer Stellenwert zugemessen. Hier geht es insbesondere um attraktive Zugänge und Fußwege zu den Haltestellen des ÖPNV.

Im Straßenbau geht es vor allem um den Ersatzneubau von solchen Straßen wie der Straße der Jugend zwischen Breithaus und Stadtring, der Hermann-Löns-Straße, der Ströbitzer Hauptstraße sowie der Parzellenstraße/Lobedanstraße/Ostrower Platz und weiteren.

Im Verkehrsplan sind weitere Maßnahmen zur Ergänzung des Straßenhauptnetzes genannt. Hierzu zählen die innere Erschließung des TIP sowie Maßnahmen zur Weiterführung der Ortsumgebung Cottbus. Alle Maßnahmen stehen unter Vorbehalt, dass die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Der vollständige Integrierte Verkehrsentwicklungsplan 2020 kann im Internet unter www.cottbus.de unter Beschlussvorlagen eingesehen werden.

Ulrich Schur



Kleine und große Politik darf nicht getrennt werden

Gespräch mit Herbert Jung, Vorsitzender der Cottbuser Basisorganisation 60

Das „Herzblatt“ berichtet wieder aus einer Cottbuser Basisorganisation (BO). Wir waren diesmal im Gespräch mit Herbert Jung, Vorsitzender der BO 60.



Wo befindet sich Eure Basisorganisation, wieviel Mitglieder seid Ihr?

Das ist das Problem, sage ich einmal. Unsere BO wurde 1990 gegründet, ich habe sie 1997 als Vorsitzender übernommen. Damals waren wir 26, jetzt sind es nur noch 17 Genossen.

Anfangs umfasste unsere BO das gesamte Gebiet Alt-Sachsendorf von den Sachendorfer Wiesen bis hin zur damaligen sowjetischen Kaserne, was heute das Gelände der Hochschule Lausitz ist. Inzwischen wurde ja in Sachsendorf sehr viel zurückgebaut. Unsere Basisorganisation ist jetzt, außer An der Priormühle, über den ganzen Stadtteil West verteilt.

Wie arbeitet Eure BO?

Wir haben monatliche Mitgliederversammlungen, außer in der Sommerpause, oder es gibt zentrale Veranstaltungen wie lokale oder zentrale Parteitage. Wir treffen uns regelmäßig im Restaurant des Lok-Stadions. Zehn bis zwölf Genossen kommen immer, und wer nicht mehr so richtig kann, der wird abgeholt und gefahren. Die Jüngsten sind wir nun einmal nicht mehr, ich bin auch schon 80.

Aber: Wir sind nach wie vor aktiv. Unsere Versammlungen werden stets mit großem Interesse wahrgenommen. Vor unseren Treffen treffen wir uns als Vorstand seit Jahren mit unseren Ehepartnern in einer unserer Wohnungen, spre-

chen über aktuelle Probleme und legen die Themen zur nächsten Versammlung fest. Auf ihr nimmt dann grundsätzlich einer von uns Stellung zu „brisanten“ Problemen.

Was sind Deiner beziehungsweise Eurer Meinung nach die zurzeit „brisanten“ Probleme?

Das Wichtigste seit eh und je ist: Kleine Politik in Cottbus darf nicht von der Großen getrennt werden.

Davon gehen wir aus. Wer Zusammenhänge verstehen und erkennen will, muss über den eigenen Tellerrand hinaussehen können.

Für mich heißt das in erster Linie, allen die innenpolitischen Inhalte zu verdeutlichen, um die verlogene Politik der herrschenden Monopole und Banken und ihrer Vollstrecker klarzumachen.

Was meinst Du überhaupt zur Parteipolitik?

Zunächst einmal: Ich bin stolz, Mitglied der LINKEN in Brandenburg zu sein. Und vor dem Bundesparteitag waren wir relativ um den Zustand unserer Partei besorgt. Doch nun haben wir ein Programm, mit dem ich leben kann. Und ich meine: Auf seiner Grundlage könnte man eine pluralistische Partei schaffen.

Empört bin ich allerdings, dass nun mit Personaldiskussionen wieder von Hauptthemen weggegangen wird.

Möchtest Du noch etwas generell zur Arbeit der BO sagen?

Ja. Zunächst einmal etwas zu unserer BO. Unser größter Erfolg ist: Wir halten zusammen, auf Jeden ist Verlass. Alles, was festgelegt wurde, wird auch durchgesetzt. Wir gehen von dem Grundsatz aus: Die politische Linie muss vorgegeben werden, dann entscheidet die Basisorganisation. Und ganz wichtig ist, dass Niemand, vor allem aufgrund des Alterungsprozesses, im Stich gelassen werden darf. Deshalb sind beispielsweise Geburtstagsgratulationen und Krankenbesuche sowie Hilfe untereinander für uns absolutes Gesetz.

Ich habe dann noch etwas Generelles: Wäre es nicht hilfreich, erfahrene

BO-Vorsitzende in Entscheidungsfindungen stärker einzubeziehen, wie es früher schon einmal üblich war?

Auch ein größeres Engagement von Vorstandsmitgliedern in den Basisorganisationen wäre wünschenswert.

Und es gibt nach wie vor den Vorschlag, den Basisorganisationen junge Genossen „zuzuordnen“, um gegenseitig zu lernen und zu helfen. Denn wir haben es nicht geschafft, uns selbst zu „verjüngen“.

*Im Gespräch mit Herbert Jung war Horst Wiesner
Foto: howi*

P.S.: In den kommenden „Herzblatt“-Ausgaben werden wir von der Arbeit weiterer Basisorganisationen berichten.

Wer vom Ziel nicht weiß

Von Christian Morgenstern

Wer vom Ziel nicht weiß,
kann den Weg nicht haben,
wird im selben Kreis
all sein Leben traben;
kommt am Ende hin,
wo er hergerückt,
hat der Menge Sinn
nur noch mehr zerstückt.

Wer vom Ziel nichts kennt,
kann's doch heut erfahren;
wenn es ihn nur brennt
nach dem Göttlich-Wahren;
wenn in Eitelkeit
er nicht ganz versunken
und vom Wein der Zeit
nicht bis oben trunken.

Denn zu fragen ist
nach den stillen Dingen,
und zu wagen ist,
will man Licht erringen:
wer nicht suchen kann,
wie nur je ein Freier,
bleibt im Trugesbann
siebenfacher Schleier.

Der Anfang vom Ende – die Pogromnacht 1938

Als am Morgen des 7. November 1938 der polnische Jude Herschel Seibel Grünspan in der deutschen Botschaft in Paris den jungen Legationssekretär Ernst vom Rath niederschoss, hatten die Nazis endlich einen schon lange herbeigesehnten Vorwand gefunden, um nun mit aller Macht gegen die Juden in Deutschland loszuschlagen.

Bereits zwei Tage später, in der Nacht vom 9. zum 10. November, brannte auch in Cottbus die Synagoge. Dabei war die Mordtat des Juden Grünspan vermutlich nur ein Racheakt: Seine Aufenthaltsgenehmigung in Paris wurde von den französischen Behörden nicht verlängert, und er wurde ausgewiesen.

In Cottbus wurden in der Pogromnacht viele jüdische Geschäfte, Arztpraxen, Anwaltskanzleien und Wohnungen von Nazis zerstört und geplündert. Etwa 30 jüdische Menschen wurden misshandelt beziehungsweise verhaftet. Die Verhafteten wurden nach Sachsenhausen deportiert. Es gab die ersten Todesopfer.

In der Folgezeit wurden auch in Cottbus jüdische Geschäftsleute, Ärzte und Anwälte aus dem Wirtschaftsleben gedrängt, wanderten aus oder wurden

deportiert. Prominenteste Opfer des faschistischen Rassenwahns in Cottbus waren die Mitglieder der angesehenen Rechtsanwaltsfamilie Hammerschmidt. Sie wirkten in Kanzleien in Berlin und



Grab Bertha Hammerschmidt

Foto: Sigrid Mertineit

Cottbus. Fast die gesamte Familie wurde ausgelöscht. Die Räume der Anwaltskanzlei von Hans und Hermann Hammerschmidt im Haus Bahnhofstraße 62 (das heutige Stadthospiz) wurden ebenfalls verwüstet.

Von etwa 400 Juden überlebten nur zwölf in Cottbus das Kriegsende. Insgesamt kostete die so genannte „Endlösung

der Judenfrage“ rund sechs Millionen Juden das Leben.

In den Monaten nach der Pogromnacht wurden die Reste der Cottbuser Synagoge gesprengt und später (auf Kosten der Stadt selbstverständlich) ganz abgetragen. In den 1960er Jahren wurde das Gebiet im Zuge der Neugestaltung des Stadtzentrums überbaut.

An die zerstörte Cottbuser Synagoge erinnert heute eine Gedenktafel vor dem Kaufhaus „Galeria Kaufhof“. Jedes Jahr, am 9. November, findet dort eine kleine Gedenkfeier statt, an der neben Cottbuser Bürgern Mitglieder der heutigen Jüdischen Gemeinde Cottbus, Vertreter der Stadtspitze und mehrerer Parteien und Organisationen teilnehmen.

Angesichts der nun bekannt gewordenen Aktivitäten von rechtsextremen Terroristen, die offensichtlich seit über zehn Jahren tätig waren (während die Politik offensichtlich untätig war), und mit Blick auf die immer stärker werdende Neonazi-Szene bleibt hier nur noch, mit Brechts Worten festzustellen: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“

Sigrid Mertineit

Die NPD muss endlich verboten werden!

Der in den letzten Wochen aufgezeigte ungeheuerliche Naziterror zeigt mir persönlich sehr eindeutig, dass in den letzten Jahren Vieles in der Bekämpfung rechter Ideen versäumt wurde. Natürlich beim Verfassungsschutz, wobei hier die unseligen Verknüpfungen einzelner Verfassungsschützer mit der rechten Szene aufgeklärt gehören.

Aber fragen wir uns selber. Ist die Bekämpfung nicht in Ritualen erstarrt? Müssen wir uns nicht anders aufstellen, anders agieren? Erreichen wir tatsächlich diejenigen, die wir erreichen wollen?

Hier gilt es für alle demokratischen Kräfte, neu zu wirken, Bewährtes fortzuführen, Neues, Wirksames zu realisieren. Der Höhepunkt der Diskussion war für mich, dass die ehemalige DDR verantwortlich für den Rechtsextremismus gemacht wurde („Welt“ vom 18.11.2011). Diese Bigotterie ist kaum zu überbieten. Wenn ich die gespielte Aufgeregtheit der

CDU, der FDP und auch der SPD anlässlich der Brandanschläge auf KFZ in Berlin und Umland sehe, als völlig haltlos von Linksterrorismus gesprochen wurde, und jetzt bei nachgewiesenem Rechtsterrorismus wirklich nichts kommt, zeigt dies eindeutig, wo wir ansetzen müssen. Nämlich in der Mitte der Gesellschaft. Wir können noch so viele Programme und Projekte aufstellen, diese müssen aber immer hinterfragt werden, ob sie wirken. Dies muss der Ehrlichkeit halber auch gesagt beziehungsweise geschrieben werden.

Und am Wichtigsten für mich: Die NPD muss nun endlich verboten werden! Es gibt keinerlei Sachargumente, die gegen ein Verbot sprechen. Zumindest nicht nachvollziehbare für mich. Die NPD zeigt eindeutig ihre menschenverachtende Gesinnung und Ideologie.

Auch in Cottbus erleben wir dies in jeder Stadtverordnetenversammlung.



Leider sitzen dort zwei NPD-Nazis. Aber Fakt ist, die sind gewählt worden. Und ich habe festgestellt, dass wir sehr viel mehr unmittelbar mit den „gefährdeten“ Personen sprechen müssen, sie überzeugen müssen, dass Nazis Verbrecher sind. Denn das sind sie eindeutig.

DIE LINKE. muss für ein Verbot der NPD eintreten. Wir müssen unsere antifaschistische Tradition neu und mehr beleben.

Jürgen Maresch,
Landtagsabgeordneter,
Erster Polizeihauptkommissar a.D.,
Sprecher für Menschen mit
Behinderung und Minderheiten

Volkstrauertag am 12. November

Ansprache von Karin Kühl, 1. Stellvertreterin des Stadtverordnetenvorstehers

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Cottbus, Mitglieder des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge, Soldaten und Offiziere, Schülerinnen und Schüler.

Der Volkstrauertag wurde in der Bundesrepublik 1952 als nationaler Trauertag für die Opfer der beiden Weltkriege und des Nationalsozialismus begründet.

Seit dem Kriegsende sind in Deutschland 66 Jahre vergangen. Die Zahl der Zeitzeugen wird immer kleiner. Die Schicksale zweier Generationen dürfen aber nicht in Vergessenheit geraten. Lassen Sie mich deshalb anhand jetzt veröffentlichter Abhörprotokolle an die Schrecken des Krieges erinnern.

Auf der Basis von 150 000 Seiten Abhörprotokollen stellen Sönke Neitzel und Harald Welzer im Buch Soldaten, Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben eine überzeugende Mentalitätsgeschichte des Krieges vor.

Während des Krieges und in den Jahren danach hörten Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes in Kriegsgefangenenlagern deutsche Soldaten aller Waffengattungen und der verschiedensten Dienststränge heimlich ab. Die Gefangenen sprachen, scheinbar unter Ihrsgleichen, über militärische Geheimnisse, taktische und operative Details und Geheimnisse der Waffentechnik. Das Besondere an diesen Abhörprotokollen sind jedoch jene Sequenzen, in denen sich Soldaten, Offiziere und Generäle sehr persönliche Ansichten über die Gegner, die Kriegsführung, Kriegsverbrechen der Wehrmacht und der SS und über die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener und europäischer Juden äußerten.

Die Protokolle zerstören die letzten Reste des Mythos von der sauberen Wehrmacht. Sie zeigen, wie groß die Mitwisserschaft über die barbarische deutsche Kriegsführung war und welche Akzeptanz es gab. Die Aufzeichnungen verschwanden nach dem Krieg in Archiven. Der beginnende Kalte Krieg warf seine Schatten voraus. Sechs Jahrzehnte später liegen die Protokolle vor.

Ich will Ihnen zwei Gesprächsauszüge vortragen, obwohl sie fast das Maß des Erträglichen überschreiten.

Ein Wehrmachtsgeneral namens Rothkirch erzählt seinen Kameraden: „Erst mal gruben die Leute Gruben selbst, dann

stellten sich zehn Juden hin, dann kamen die Leute mit der Maschinenpistole und schossen die um, und dann fielen die in die Grube. Dann kamen die Nächsten vorne aufgestellt, und fielen auch wieder in die Grube, und die anderen warteten eine Weile, bis sie erschossen wurden. Da wurden Tausende von Leuten erschossen. Das hat man nachher gelassen und vergast. Da waren doch manche nicht tot, und dann wurde Erde zwischendurch überschüttet, eine Schicht. Dann waren Packer da, die packten die Leute, weil sie



Plakat in Neuruppin

Foto: Sonja Newiak

vorher abklappten. Das machte die SS, das waren Leute, die packten die Leichen (...). Da haben wir eine Beschreibung bekommen... Da schreibt der SS-Führer, die Kinder hätte er selbst erschossen - da wurden doch Frauen auch erschossen -, weil es so widerlich gewesen wäre, die wären immer nicht gleich tot gewesen; das hat er geschrieben, ich habe es zu Hause, das Ding. Und er beschreibt weiter, dass er die Kinder am Genick gefasst hätte und so mit dem Revolver erschossen hätte, weil er dann die größte Sicherheit gehabt hätte, dass sie gleich tot waren.“

Zweites Beispiel: Oberstleutnant Müller-Rienzburg: „Die SS hat eingeladen zum Judenschießen. Die ganze Truppe (... ist...) mit Gewehren hingegangen und (... hat...) zusammengeknallt. Hat jeder sich aussuchen können, was für einen er wollte. Das waren so (...Sachen...) von der SS, die sich natürlich bitter rächen werden.“ Der Gesprächspartner fragt: „Also das hat man so gemacht, wie zu einer Treibjagd, meinetwegen?“ Antwort: „Ja, ja.“

Die beiden zitierten, aus bisher unbekanntem Abhörprotokolle, erinnern so an die Schrecken des Krieges.

Wir werden auch in Cottbus daran erinnert, dass es sich bei diesen Zitaten nicht um Erinnerungen aus einer ganz fernen Welt handelt.

Brechts Worte sind nach wie vor aktuell:

„Das da hätt' einmal fast die Welt regiert, die Völker wurden seiner Herr. Jedoch ich wollte, dass ihr nicht schon triumphiert: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Eine Pressemitteilung der NPD zur letzten Stadtverordnetenversammlung zeigt die Aktualität der Worte Brechts.

Ich zitiere: „Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung“ wurde „mit einer Vereinbarung der Stadt Cottbus mit der Jüdischen Gemeinde begonnen und darauf hingewiesen, wie schlimm und juden-diskriminierend doch die deutsche Geschichte sei. Den linken Parteien scheint es keine Gewissensbisse zu beschern, die gesamte deutsche Geschichte zu einem Verbrecheralbum umzuinterpretieren. Wer für alles offen ist, kann nicht ganz dicht sein.“ Soweit das Zitat. Es zeigt, wie heute wieder durch Rechtsextreme Hass geschürt wird.

Demokraten sagen dazu - Nein. Und engagieren sich.

Dieses Engagement für Demokratie und Toleranz in Cottbus ist ein wichtiges Anliegen. Wir brauchen Weltoffenheit und ein Klima der Toleranz und Sicherheit in unserer Stadt. Dazu braucht es Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und damit die Werte unserer Demokratie - so wie heute - an die nächste Generation weitergeben.

Die Vereinbarung zwischen der Stadt Cottbus und der Jüdischen Gemeinde ist das Bekenntnis beider Seiten für ein gedeihliches und tolerantes Miteinander und eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung der Jüdischen Gemeinde in Cottbus. Für die Stadt hat die Entwicklung jüdischen Lebens in Cottbus einen besonderen Stellenwert und für die Jüdische Gemeinde ist dies ein Bekenntnis zur aktiven Beteiligung am Gemeinwesen, zur Bereicherung von Kultur und Glaubensvielfalt.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Volkstrauertag am 12. November 2011

Ansprache von Karin Kühl, 1. Stellvertreterin des Stadtverordnetenvorstehers

(Fortsetzung von Seite 11)

Krieg, Hass und Gewalt sind, wie wir sehen, keine Kategorien, die einer fernen Vergangenheit angehören. Drogenkriege in Mittelamerika, Massaker vor, während und nach dem Sturz des Tyrannen in Libyen, der Krieg in Afghanistan auch mit deutscher Beteiligung und deutschen Opfern: Wir hören und sehen die schrecklichen Bilder und spüren unsere Ohnmacht.

Wir wissen, Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Ich bin glücklich und dankbar, dass seit 66 Jahre in unserem Land Frieden ist und ich in dieser Friedenszeit leben darf.

Der Volkstrauertag ist ein Tag des Gedenkens und des Nachdenkens, ein Tag der Erinnerung, des Mitgefühls und der Verbundenheit über Generationen hinweg. Er ist aber auch ein Tag der Trauer und der Mahnung zum Frieden.

Überall in Deutschland versammeln sich Menschen zum Volkstrauertag. Sie gedenken der Opfer der Kriege und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Sie erinnern sich an das Leben und Sterben der Kriegsgefangenen aus zwei Weltkriegen in den Lagern dieser Welt und der

tausenden zivilen Opfer. Sie gedenken der Vernichtung der Jüdischen Gemeinde, die mit der Pogromnacht begann und in den Vernichtungslagern von Auschwitz und Treblinka endete. Sie denken an die von den Nazis verfolgten Sinti und Roma, deren Martyrium in vielen Ländern nicht beendet ist.

Wir trauern in Cottbus um die Soldaten der sowjetischen und der deutschen Armee, die in den mörderischen Kämpfen um die Niederlausitz in den letzten Kriegstagen 1945 starben. Wir trauern nach über 66 Jahren um die 1000 Männer, Frauen und Kinder, die Opfer der Luftangriffe auf unsere Stadt wurden. Wir sind voller Anteilnahme für jene Franzosen, Polen und Ukrainer, die nach Cottbus als Zwangsarbeiter verschleppt wurden und die am 22. April 1945 von der sowjetischen Armee befreit wurden.

Cottbuserinnen und Cottbuser weisen jeden Versuch zurück, den Volkstrauertag oder den Tag des Luftangriffs auf Cottbus zum Heldengedenken umzufunktionieren oder ihn zu nutzen, um das faschistische Terrorregime von seinen Verbrechen zu entlasten.

Am Volkstrauertag trauern wir auch um die Opfer der Kriege in der Gegen-

wart: um die Frauen und Kinder, die in Afghanistan Opfer des Angriffs auf den Tanklastzug wurden, um die Soldaten der Bundeswehr, die bei Anschlägen getötet wurden und um die Menschen, die wegen ihrer Religion oder wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Leben ließen.

In unserer Stadt werden die Gräberstätten für deutsche Soldaten beider Weltkriege, Bombenopfer der Stadt Cottbus und der polnischen Zwangsarbeiter, der Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee und die Gedenktafel von Flucht und Vertreibung gepflegt und geachtet. Dort gedenken wir nachher mit Kranzniederlegungen.

An dieser Stelle danke ich den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Cottbuser Kreisverbandes des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge unter Vorsitz des Cottbuser Bürgermeisters Herrn Holger Kelch für ihre Arbeit insbesondere mit Jugendlichen.

Sich um jedes einzelne Grab, unabhängig von der Herkunft des Gefallenen, zu kümmern, bedeutet Arbeit am Frieden.

Der Volkstrauertag ist zu einem Tag der Mahnung zu Versöhnung und Verständigung sowie für das Ringen um Frieden geworden

Öffentliche Einladung

Die immer deutlichere faschistische Gefahr erfordert Wissen und Engagement aller Demokraten zum abgestimmten, gemeinsamen Handeln, das zu beraten ist! Wir laden deshalb alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einem

Politfrühschoppen

am Sonntag, dem 8. Januar 2012, von 10.00 bis 12 Uhr

in die Gaststätte „Brandenburger Hof“, Cottbus, Friedrich-Ebert-Straße 33, ein.

Frau Susanne Kschenka vom Mobilien Beratungsteam Cottbus (im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung demos) wird die Veranstaltung mit einleitenden Informationen zu Rechtsextremismus – speziell in Südbrandenburg – und Gedanken zu Rechtspopulismus eröffnen. Die Diskussion soll uns für gemeinsames Handeln informieren und motivieren.

Dazu laden wir alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger herzlich ein.

Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Kreisverband Lausitz DIE LINKE



Das aktuelle Argument

Ursula von der Leyens Zuschussrente

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales – Ursula von der Leyen – hat eine Vorliebe für Propaganda-Coups entwickelt.

Das Bildungspaket, das floppte, ist noch in Erinnerung, da kommt der nächste Streich. Nachdem die Bundesregierung zugeben musste, dass es Altersarmut wirklich gibt und dass sie auch noch zunehmen wird, präsentierte Ursula von der Leyen ihr neuestes untaugliches Mittel – die Zuschussrente.

Wenn es nach der Ministerin ginge, müsste eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein, damit ein Anspruch auf einen Zuschuss überhaupt entstehen kann. Unter „Versicherungsjahren“ versteht man die Zeiten eines Lebenslaufs, die in irgendeiner Weise für Rentenansprüche wichtig sind. Dazu gehören: Ausbildungszeiten, Zeiten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten sowie Zeiten, die man der Erziehung eigener Kinder widmet. Zu den Voraussetzungen für die „Zuschussrente“ gehören 45 Versicherungsjahre.

Dabei bleibt es aber nicht. 35 Jahre lang muss man Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Dabei sollen aber nicht alle Zeiten, in denen man tatsächlich eingezahlt hat, mitzählen. Wenn man in Zeiten der Arbeitslosigkeit in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, soll das nicht mitzählen. Schließlich sind noch 35 Jahre Beitragszahlungen in eine private Rentenversicherung erforderlich.

Von der Leyens falsche Fährten

Dieses Konzept ist aus einer Reihe von Gründen untauglich, Altersarmut zu bekämpfen:

1. Private Vorsorge wird zur Voraussetzung erklärt, um Altersarmut zu bekämpfen.
2. Dieses Konzept würde die Menschen zwingen, aus Angst vor drohender Altersarmut Verträge mit der privaten Versicherungswirtschaft abzuschließen. Der Staat würde der Versicherungsindustrie Nachfrage organisieren.
3. Dieses Konzept diskriminiert gerade diejenigen, die ihr Leben lang nur in

die gesetzliche Rentenversicherungen eingezahlt haben.

4. Schließlich wird die Ursache steigender Altersarmut nicht einmal berührt: niedrige Löhne, lange Arbeitslosigkeit und ein sinkendes Rentenniveau.

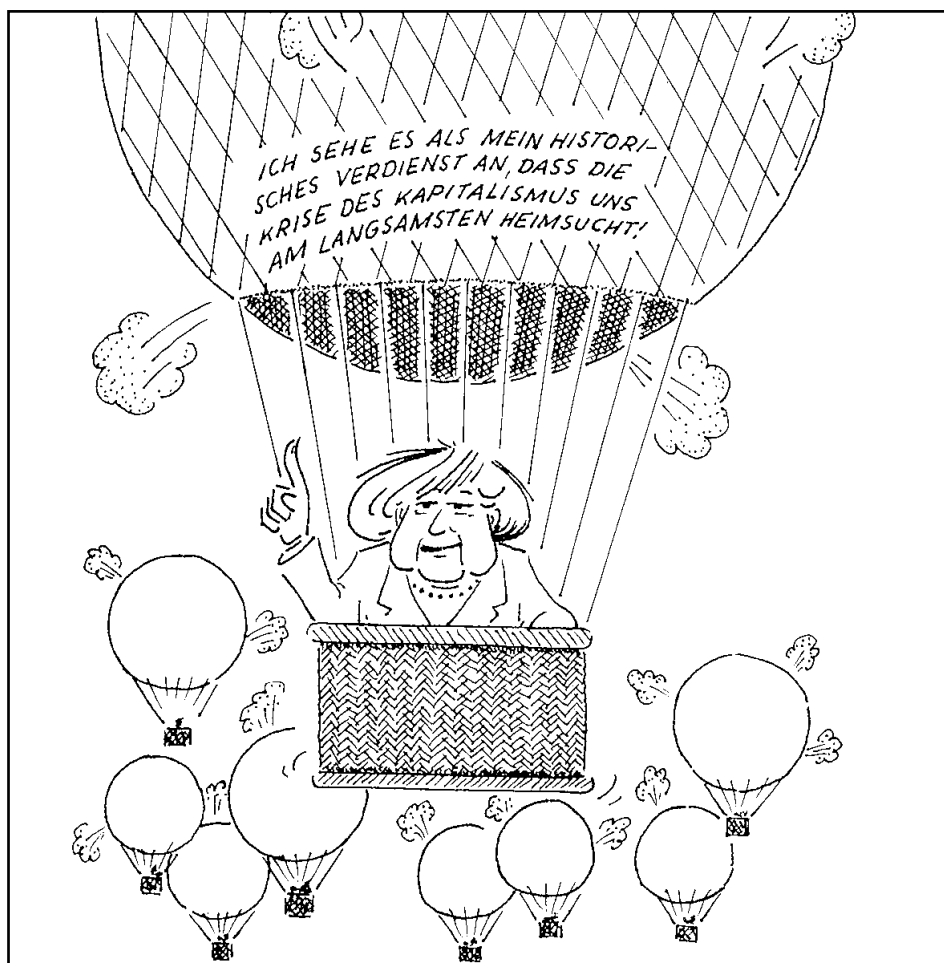
Die Bundesregierung will nicht zur Kenntnis nehmen, dass nur die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Re-Regulierung des Arbeitsmarkts zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit und zu steigenden Renten führen kann.

DIE LINKE. dagegen will höhere Löhne und als absolute Untergrenze einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Wir wollen aber auch, dass Frauen und Männer tatsächlich die Möglichkeit haben, Familie und Beruf zu vereinbaren oder sich ganz für den Beruf zu entscheiden. DIE LINKE. will das Rentenniveau so deutlich anheben, dass die Rente wieder zum Leben reicht. Dabei gilt: Die Rente folgt unmittelbar den Löhnen.

Das Leistungsniveau wird nicht gekürzt. Daher liegt bei uns der eigene Rentenanspruch in der Regel deutlich über 850 Euro.

DIE LINKE. will das Leistungsniveau der Rente wieder anheben und Entgeltpunkte für Erwerbsarbeit mit niedrigem Einkommen deutlich aufstocken. Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen besser bewertet werden und führen zu höheren Renten. Auch für Zeiten von Hartz IV muss es Beiträge für die Rente geben. Konkretes Beispiel: Bei uns käme die Floristin, welche die Bundesregierung als Beispiel angeführt hat, auf eine Rente von über 1000 Euro. Die Bundesregierung bietet ihr gerade mal 850 Euro. Dennoch wollen auch wir als unterste Haltelinie eine Mindestrente von 850 Euro. Diese hebt niedrige Renten auf ein armutsfestes Niveau, falls unsere Elemente des Solidarausgleichs ausnahmsweise keine höhere Rente ermöglichen.

(Stand: 14.09.2011)



Karikatur: Hänchen

Buchempfehlung

Prof. Götz W. Werner / Adrienne Goehler

„1000 Euro für jeden“

Angst vor zunehmender Armut und Erwerbslosigkeit prägen unsere Gesellschaft.



Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Der heutige Sozialstaat weiß darauf keine Antwort. Es fehlt an Ideen, die Wende zur Kulturgesellschaft zu gestalten.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein bahnbrechendes Konzept, um dem grundlegenden Wandel von Leben und Arbeit zu begegnen und die Menschen von Existenzangst zu befreien. Einfach, gerecht und finanzierbar! Es schafft Sicherheit und Freiraum für Kreativität und Eigeninitiative, gibt der Arbeit ihren Sinn und den Menschen ihre Würde zurück.

Götz Werner und Adrienne Goehler zeigen, wie das bedingungslose Grundeinkommen in die Praxis umgesetzt werden kann und wie es den Traum der Französischen Revolution von einer solidarischen Gesellschaft einlöst.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist auch ein zentrales Thema von Jan Peters Film „Nichts ist besser als gar nichts“. Susanne Wiest vertritt darin die Idee des Grundeinkommens als sympathische Protagonistin.

Der Film zeigt eine Arbeitsgesellschaft im Wandel, in der ein wachsender Teil der Bevölkerung Zuflucht zu „selbständigen Tätigkeiten“ nehmen muss. Wir begegnen Menschen, denen es mit Ideenreichtum, Geduld, Witz und viel Mühe gelingt, sich trotz verschärfter Bedingungen irgendwie durchzuschlagen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.nichts-ist-besser-als-gar-nichts.de.
ISBN / EAN: 9783548374215

Quelle: www.buchredaktion.de

CDU und FDP blockieren auch weiter flächendeckenden Mindestlohn!

Der Wirbel um den Beschluss des CDU-Parteitages zu einem Mindestlohn kann als PR-Gag verbucht werden. Die CDU weigert sich auch weiter, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für alle Beschäftigten einzuführen. Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich hat den Beschluss über eine allgemeine Lohnuntergrenze verhindert. Denn klar ist: Der von der CDU in Leipzig gefasste Beschluss zu den Lohnuntergrenzen hat damit nichts zu tun, was sich die große Mehrheit der Menschen in Deutschland von einem Mindestlohn erhofft.

Die CDU hat eine konkrete Lohnuntergrenze vermieden. Stattdessen soll eine Kommission der Tarifpartner, Lohnuntergrenzen für verschiedene Branchen und Regionen festlegen. Diese sollen jedoch nur für jene Bereiche gelten, in denen kein Tarifvertrag gilt. Mit dieser Mogelpackung ändert sich an den skandalösen Zuständen im deutschen Niedriglohntor nichts.

DIE LINKE. kritisiert:

- Die CDU will einen unübersichtlichen Flickenteppich verschiedenster Lohnuntergrenzen, statt eines flächendeckenden Mindestlohns, der für alle in Deutschland Beschäftigten gilt.
- Bereits jetzt gibt es Branchenmindestlöhne, die bei Vollzeit nicht die Existenz eines Alleinstehenden sichern. Die CDU will hier keine Abhilfe schaffen.
- Die Arbeitgeber erhalten durch die Verlagerung der Entscheidung über die Mindestlöhne auf eine Kommission ein faktisches Veto-Recht. Damit können sie Mindestlöhne verhindern oder nach unten drücken.

Zudem können die Arbeitgeber die Lohnuntergrenzen aushebeln, indem sie mit christlichen Gewerkschaften niedrigere Tariflöhne vereinbaren.

- Die CDU will bei den Lohnuntergrenzen nach Regionen sowie zwischen Ost und West unterscheiden. Ein Mindestlohn muss aber für alle Beschäftigten gelten, egal wo sie arbeiten. Es geht um existenzsichernde Arbeit in Würde.
- Der CDU-Beschluss will kaum mehr, als mit den Branchenmindestlöhnen

derzeit sowieso möglich ist. Bereits jetzt können nach dem Mindestarbeitsbedingengesetz Mindestlöhne für Branchen mit fehlender oder niedriger Tarifbindung vereinbart werden. Auch hier werden die Tarifpartner beteiligt. Bisher wurde kein einziger Mindestlohn mit diesem Verfahren eingeführt.

- Mit dem Beschluss sollen die Beschäftigten weiterhin im Niedriglohnbereich abgehängt bleiben. Denn in Deutschland gilt man bei einem Stundenlohn unterhalb von 9,85 Euro als niedrig entlohnt. Die bestehenden Branchenlöhne, umfassen eine Spanne von 6,50 bis 13 Euro pro Stunde. CDU-Vertreter haben inzwischen bekundet, dass sich die Kommission der Tarifparteien nach den am weitest verbreiteten Mindestlöhnen mit der Spanne von sieben bis neun Euro richten soll. Alle CDU-Lohnuntergrenzen werden also unter der Niedriglohnschwelle von 9,85 Euro liegen.

Auch die FDP hat erst jüngst wieder deutlich gemacht, dass mit ihr ein wirklicher Mindestlohn nicht zu machen ist. Immer noch ignoriert sie Studien, die eine negative Wirkung von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung widerlegen. Nicht zuletzt Ursula von der Leyen verweist auf entsprechende Untersuchungen. Und wenigstens das sollte dem FDP-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister bekannt sein. Schließlich lässt die FDP Erfahrungen der meisten EU-Länder außer Acht, in denen es den Mindestlohn gibt.

Fazit

Ein Mindestlohn, der nicht flächendeckend und rechtlich verbindlich für alle Beschäftigten gilt, ist kein Mindestlohn. Außerdem muss ein Mindestlohn ein Einkommen garantieren, von dem man ohne Hartz-Aufstockungen leben kann. Er muss weiterhin Altersarmut vorbeugen und Ansprüche für eine auskömmliche Rente ermöglichen. DIE LINKE. fordert deshalb weiterhin einen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Grundsätzlich soll der Mindestlohn 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes entsprechen.

Stand: 22.11.2011

Uwe Titscher: Meine Gedanken zu 20 Jahre „Herzblatt“

Die vergessene Zeit

Annelly Richter sprach in ihrer mündlichen Laudatio zum „Herzblatt“-Jubiläum unter anderem: „Mit dem Einsatz der digitalen Technik, sprich Computer, hat Uwe Titscher sich fast drei Jahre um die monatliche Zeitung bemüht.“

Gertraute Krönert schrieb in ihrer schriftlichen Laudatio unter anderem: „Walter Schulz hat dann die Leitung übernommen und nach kurzer Zwischenzeit Annelly Richter. Im Streit auseinandergegangen sind wir leider mit Uwe Titscher – zu unterschiedlich waren unsere Meinungen über die Art und Weise, eine Zeitung zu machen.“

Im Januar jenen für das „Herzblatt“ fast verhängnisvollen Jahres beendete die Redaktion um Walter Schulz nach sehr langem Bitten und Betteln um Nachfolger ihre ehrenamtliche

Tätigkeit. Und dies zu recht! Das „Herzblatt“ erschien sodann nahtlos – aber unprofessioneller – weiter unter Federführung des Cottbuser PDS-Vorstandes. Die Beiträge wurden in der Geschäftsstelle zusammengestellt und durch zwei externe Redakteure einer Cottbuser Zeitung in Form gebracht. Dafür erhielten diese beiden Externen ein gutes Taschengeld. Gedruckt wurde in der Geschäftsstelle.

Im frühen Frühjahr jenen Jahres erklärte ich mich für eine Mitarbeit am „Herzblatt“ bereit. Aber ich gab auch „zu Protokoll“, dass ich erst im Wahlmonat September in die volle „Herzblatt“-Arbeit einsteigen wolle. Bis dahin wollte ich bei der bestehenden Redaktion mitarbeiten und zugucken. Ich fing ja mit solch einer Sache bei Null an. Auch beabsichtigte ich, Kontakt zu den externen Redakteuren aufzunehmen, um mich mit den technischen Feinheiten vertraut zu machen. Jedoch wurde ich bewusst von diesen beiden externen Redakteuren hermetisch abgeschottet!

Im (ich glaube) Mai des Jahres wurde jedoch ohne Vorwarnung und Absprachen das seit Januar bestehende Erscheinen des „Herzblatt“ eingestellt! Und in Folge NUR durch die Bereitschaft Edeltraut Radochlas, ihre technischen Kenntnisse auch in die Dienste des

„Herzblatts“ zu stellen, konnte die Zeitung nahtlos und wieder in bewährtem Aussehen weitererscheinen.

Wegen dem schließlich beabsichtigten parteidienstlichen Wegzug von Edeltraut beehrte ich beim Vorstand Hilfe in Form von Anschaffung entsprechender Computerprogramme für das Setzen der Zeitung. Auch dies gestaltete sich schwierig, langwierig und unter dem psychischen Druck, nur technische Hilfe zu bekommen, wenn ich ausreichend Mitglieder für die Redaktion gewinne. Zu diesem Zeitpunkt natürlich nicht aus den Reihen der Cottbuser PDS-Verantwortlichen.

Erst nach langer Zeit begann sich der Vorstand für das „Herzblatt“ wieder zu interessieren, weil er das Interesse der Leserschaft an dieser Zeitung nicht negieren konnte.

Zunächst froh über Annelys Mitwirken, wurden aber die grundsätzlichen Differenzen nicht geringer. Und dann prallten schließlich auch unterschiedliche Charaktere aneinander.

Gertraute schrieb in ihrem Beitrag zum Schluss unter anderem: „Vielleicht gelingt es uns ja auch noch, Euch nicht nur seitenlange, gewichtige Abhandlungen anzubieten, sondern öfters mal was Kurzes, Witziges. Und mehr Fotos!“ Wer sich wirklich erinnern will, wird genau diese und ähnliche Worte auch von mir damals gehört und gelesen haben.

Und auch heute noch kritisiere ich, dass im „Herzblatt“ viele politische Beiträge zu lang und kommunalpolitische Themen zu rar sind. Die Öffnung nach Außen auf diesem medialen Weg wird uns so nicht im Geringsten gelingen. Nicht kritisieren möchte ich hingegen den Inhalt der Beiträge und Themen.

Sollte sich die Struktur dieser Zeitung nicht grundsätzlich ändern, wird die Auflage sich entsprechend der altersstrukturellen Wandlung der LINKEn Leserschaft stark verringern – auch mit charaktergefestigten Redaktionsmitgliedern...

Die Unvollständigkeit meiner Gedanken und Erinnerungen ist gewährleistet.

Uwe Titscher



Tierpark erfolgreich

Der Tierpark Cottbus kann 2011 als ein erfolgreiches Jahr betrachten. Der Kuhstall wurde mit Unterstützung des Tierparkfördervereins und vielen Sponsoren seiner Nutzung übergeben. Und die Kinder freut es, Kuh und Kälbchen so nahe zu sehen. Die Besucherzahlen haben sich positiv entwickelt.

Die Stadtverordneten hatten sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, für ein neues Raubtierhaus europäische Fördermittel zu beantragen. Im Begleitausschuss in Polen wurde das Vorhaben positiv bewertet. Und nun heißt es, alles konkret in Vorhaben und Zahlen zu gießen. Der Tierpark wird immer attraktiver, und da ist es vielleicht eher verständlich, wenn 2012 die Eintrittspreise moderat erhöht werden müssen.

Besuchen Sie den Tierpark zum Beispiel am Neujahrsmorgen um 11.00 Uhr und überzeugen sich selbst über seine Entwicklung.

Annelly Richter, Stadtverordnete

Volkssolidarität ist 66 Jahre



In diesem Jahr wurde die Volkssolidarität 66 Jahre alt.

Wie in jedem Jahr wurden langjährige Mitglieder aus Cottbus eingeladen, um für ihre geleistete Arbeit Danke zu sagen.

In diesem Jahr gehörte unser Kurt Neviack zu ihnen, und er wurde mit einer Urkunde für 60 Jahre Treue zum Verband der Volkssolidarität geehrt.

Herzlichen Glückwunsch und ein großes Dankeschön sagt Rosel Küttner im Namen des Ortsverbandes Cottbus DIE LINKE..

Termine

- 06.12.** 16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“
Geschäftsstelle
- 07.12.** 14.00 Uhr Jahresabschluss AG Senioren
Geschäftsstelle
18.30 Uhr Kreisvorstand Lausitz, Konstituierung
Geschäftsstelle
- 08.12.** 16.00 Uhr „Advent mit dem Kulturverein“
„Sandower Bücherei“
- 12.12.** 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 13.12.** 18.00 Uhr AG Soziales
Geschäftsstelle
- 19.12.** 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 21.12.** Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus
- 01.01.** 11.00 Uhr Tierpark-Rundgang
Treff am Verwaltungshaus des Tierparks
- 06.01.** 16.30 Uhr IG Politische Bildung
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Beratung Ortsverband Cottbus
Geschäftsstelle
- 09.01.** 16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 14.01.** 10.00 Uhr Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Ehrenmal in der Cottbuser Puschkinpromenade



Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

Dezember

- zum 94.** Gerda Juretschka (1.12.)
- zum 92.** Edeltraud Liebich (24.12.)
- zum 87.** Käte Gross (5.12.)
Marga Schnelle (12.12.)
- zum 86.** Siegfried Glona (8.12.)
Willi Böttcher (21.12.)
- zum 85.** Ilse Schulz (30.12.)
- zum 83.** Gerda Twardawsky (2.12.)
Oskar Worrack (12.12.)
- zum 82.** Werner Hunger (6.12.)
Hermann Hoffmann (16.12.)
- zum 80.** Heinz Dähn (8.12.)
- zum 65.** Rainer Grimm (1.12.)



Januar

- Zum 94.** Erna Reiche (1.1.)
- Zum 91.** Rudi Kerstan (6.1.)
Hildegard Lehmann (9.1.)
- Zum 88.** Anneliese Wachowiak (6.1.)
- Zum 85.** Helmut König (7.1.)
- Zum 84.** Johannes Queitsch (1.1.)
Dorothea Wilke (15.1.)
- Zum 82.** Gerda Lehmann (8.1.)
Hans Garbe (10.1.)
- Zum 80.** Friedrich Winkler (9.1.)
- Zum 70.** Rosemarie Kochall (1.1.)

Einsiedlers Heiliger Abend

von Joachim Ringelnatz



Ich hab' in den Weihnachtstagen
Ich weiß auch warum -
Mir selbst einen Christbaum geschlagen,
Der ist ganz verkrüppelt und krumm.
Ich bohrte ein Loch in die Diele
Und steckte ihn da hinein
Und stellte rings um ihn viele
Flaschen Burgunderwein.
Und zierte, um Baumschmuck und Lichter
zu sparen, ihn abends noch spät
mit Löffeln, Gabeln und Trichter
und anderem blanken Gerät.
Ich kochte zur heiligen Stunde
mir Erbsensuppe mit Speck
und gab meinem fröhlichen Hunde
Gulasch und litt seinen Dreck.
Und sang aus burgundernder Kehle
das Pfannenflickerlied.
Und pries mit bewundernder Seele
Alles das, was ich mied.
Es glimmte petroleumbetrunken
später der Lampendocht.
Ich saß in Gedanken versunken.
Da hat's an die Türe gepocht,
Und pochte wieder und wieder.
Es konnte das Christkind sein.
Und klang's nicht wie Weihnachtslieder!
Ich aber rief nicht: „Herein!“
Ich zog mich aus und ging leise
Zu Bett, ohne Angst, ohne Spott,
Und dankte auf krumme Weise
Lallend dem lieben Gott.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss Dezember-Ausgabe:

18. Dezember